

Neudruck

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 18 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/5886) „Zukunft der Dörfer in Brandenburg“

Es lebe das Dorf - den Dörfern in Brandenburger wieder mehr Rechte geben

Der Landtag stellt fest:

Mit der letzten Gemeindegebietsreform 2003 sind viele Brandenburger Dörfer zu Gemeinden zusammengeschlossen worden und existieren damit rechtlich nur noch als Ortsteile. In vielen Fällen profitierten die Einwohnerinnen und Einwohner von einer stärkeren Verwaltung, zeitgleich gingen damit auch viele Gemeinderäte und damit wichtige ehrenamtliche Strukturen verloren. Bis heute verstehen sich die meisten Menschen als Bewohnerinnen und Bewohner ihres Dorfes, nur selten als Teil der größeren Verwaltungsgemeinde. Die Dörfer selbst haben mit dieser Reform viel Einfluss verloren und können die Wünsche und Ansprüche ihrer Bürgerinnen und Bürger nur an die größere Gemeinde durchreichen, nicht aber eigenständig lösen. Dabei sind es die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner, die mit ihren Ideen und ihrer Tatkraft lebendige Dörfer schaffen. In den letzten Jahren mehren sich aber die Berichte aus Dörfern besonders in den ländlichen Räumen Brandenburgs, dass ihre Anliegen nach der letzten Gemeindegebietsreform von den übergeordneten Gemeinden und dem Land nicht gehört würden. Auch die bisherige Arbeit der Enquetekommission zur Zukunft des ländlichen Raums vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bestätigt diese Erfahrung.

Damit die Dörfer ihre eigene Zukunft besser gestalten können, müssen ihnen wieder mehr Rechte eingeräumt werden.

Der Landtag möge beschließen:

Das Flächenland Brandenburg definiert sich in hohem Maße über den Zustand seiner Dörfer. Um ihre nachhaltige Entwicklung zu stärken, wird die Landesregierung aufgefordert, die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Dörfer wieder in den Blick nehmen: Um in der amtlichen Statistik des Landes Brandenburg Daten über Dörfer bzw. Ortsteile zu sammeln, ist durch die Landesregierung eine Klassifizierung und Definition für diese ländliche Siedlungsform zu erarbeiten. Da die Entwicklung der Dörfer nicht einmal statistisch erfasst wird, be-

steht die Gefahr, sie nicht wahrzunehmen oder trotz aller Unterschiede über einen Kamm zu scheren. Auch wenn es keine „*Legaldefinition für den Begriff Dorf*“ in der Wissenschaft gibt, so gibt es in Deutschland Klassifizierungen für die ländlichen Siedlungsgrößen (vgl. Lienau 2000).

2. Mehr Rechte für die Dörfer schaffen: Der Landtag hat bereits anerkannt, dass hierfür Gesetzesänderungen notwendig sind. Die Vorschläge insbesondere zu den Rechten der Ortsvorsteherinnen und -vorsteher sowie zu Ortsteilbudgets sollten rasch umgesetzt werden. Ergänzend soll die Landesregierung prüfen, wie Dörfer auch als einzelne Ortsteile Mitglied in Gremien wie der AG Historische Dorfkerne werden können. Auch die fehlende Definition des Begriffs „Angelegenheiten des Ortsteils“ führt in der Praxis zu vielen Schwierigkeiten. Zudem fehlt für eine Unterrichtung der Ortsbeiräte durch die Hauptverwaltung bislang eine konkrete Frist.
3. Den sozialen Zusammenhang stärken: Entscheidend für die Zukunft, so eine bisherige Erkenntnis der Arbeit der Enquetekommission, ist der soziale Zusammenhalt innerhalb der Dörfer. Die früheren Dorfentwicklungskonzepte waren in der Regel auf den Erhalt des baukulturellen Erbes begrenzt. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken ist entsprechend der aktuellen bundesweiten Debatte ein neues Landesförderprogramm für Dorfentwicklungskonzepte der sogenannten 2. Generation einzuführen.
4. Den Dörfern auf Augenhöhe begegnen in einem Parlament der Dörfer: Die politischen Forderungen der Dörfer müssen in der Landespolitik stärkeres Gehör finden. Dazu sind neue Partnerschaften zwischen Politik und ländlichen Räumen notwendig. Gute Beispiele aus Schweden und Finnland dafür sind Dorfbewegungen und ländliche Parlamente. Die brandenburgische Dorfbewegung setzt sich dafür ein, dass die Stimme der Dörfer auch in Brandenburg gehört wird. Die Landesregierung sollte daher prüfen, wie die Initiative der brandenburgischen Dorfbewegung zur Einrichtung eines „Parlaments der Dörfer“ unterstützt werden kann.
5. Die Dörfer auch bei der Landesplanung berücksichtigen: Im bisherigen Entwurf des Landesentwicklungsplans gibt es hierzu bislang keine Vorschläge.

Begründung:

Auch in der heutigen Zeit zieht es die Menschen nicht nur in Großstädte, viele bleiben bewusst auch in ländlichen Räumen verwurzelt oder ziehen dahin, ob dauerhaft oder als Pendler. Das Dorf als Siedlungsform steht dabei nach wie vor in besonderer Weise für das Leben auf dem Land. Mehr als die Hälfte der Einwohner Deutschlands lebt in Dörfern in ländlichen Räumen. Auch Brandenburgs Siedlungsstruktur ist geprägt von Dörfern. Sie sind entscheidender Bestandteil der in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft sowie wichtige Siedlungs- und Lebensräume. Zudem übernehmen sie eine wichtige Bindefunktion zwischen dem Ländlichen und dem Urbanen.

Mit dem Rückzug des Staates sind es die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner, die einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft ihrer Dörfer leisten, die lebendige Dörfer schaffen. Der Sicht der lokalen Handlungsebene fällt mit dem Rückzug des Staates daher eine neue Rolle zu. Die bürgerschaftlichen Aktivitäten entscheiden

immer mehr darüber, ob sich ländliche Lebensverhältnisse im Einzelfall negativ entwickeln oder ob es gelingt Dörfer aus einer Abwärtsspirale zu retten. Eine wichtige Voraussetzung, um Bürger bei der positiven Entwicklung ihrer Dörfer zu unterstützen, ist die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine lebendige Beteiligungskultur und mehr Mitbestimmung. Beides ist für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge und das gesellschaftliche Leben in ländlichen Räumen von immer größerer Bedeutung.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN